

# GRÜNAKTUELL



■ **INKLUSIONSBEIRAT  
FÜR EIMSBÜTTEL**

■ **FLÜCHTLINGSPOLITIK  
UND WOHNUNGSBAU**

## INHALT

Inklusionsbeirat Bezirk Eimsbüttel: Ankündigung des Meldeverfahrens	3
Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft: Ein Inklusionsbeirat für den Bezirk Eimsbüttel	4
Geschichte der Inklusionspolitik in Eimsbüttel und Hamburg	6
Interview zum Inklusionsbeirat mit Bernd Lepthin	12
Der Inklusionsbeirat im Bezirk Wandsbek: Vorbild für Eimsbüttel	16
Zusammenleben und Mitgestalten vertiefen: Eimsbüttel hat viel geschafft und noch viel vor	19
Wohnungsbau in Hamburg	21
Wird jetzt auch die Eimsbütteler CDU grün?	25
Anträge	26
Gezwitscher	28

## IMPRESSUM

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38  
20257 Hamburg

T 040.401 42 46

E [fraktion@gruene-eimsbuettel.de](mailto:fraktion@gruene-eimsbuettel.de)

[www.gruene-eimsbuettel.de](http://www.gruene-eimsbuettel.de)

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der  
Grünen Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint zwei-  
monatlich zur Sitzung der Bezirksversammlung.

Redaktion: Thomas Rave

Grafik und Layout: Christoph Jöns ([www.grafik-joens.de](http://www.grafik-joens.de))

V.i.S.d.P.: Lisa Kern

Titelbild.: Gesellschaftsbilder Nr. 3498, 2015

## EDITORIAL

**A**m 22. Februar 2017 hat die Bezirksver-  
sammlung nach langem Ringen die Ein-  
richtung eines Inklusionsbeirates für den  
Bezirk Eimsbüttel beschlossen. Dieses Ereignis  
nehmen wir zum Anlass aus verschiedenen Blick-  
winkeln auf das Thema Inklusion zu schauen, das  
sich in diesem Fall auf die Inklusion von Menschen  
mit Behinderungen bezieht.

Inklusion ist ein Kernanliegen GRÜNER Politik.  
Um so mehr freuen wir uns, unseren ehrgeizig  
gesteckten Zielen mit der nun beschlossenen Ein-  
richtung eines Inklusionsbeirates ein gutes Stück  
näher zu kommen und ein zentrales Anliegen aus  
unserem Wahlprogramm umzusetzen. In diesem  
Heft wollen wir uns ausführlich mit dem Thema  
Inklusion beschäftigen. Zum Beispiel vergleichen  
wir in einem historischen Rückblick, basierend auf  
einer Broschüre der GRÜN-ALTERNATIVEN LISTE  
(GAL) von 1983, „Integration behinderter Kinder  
in Regeleinrichtungen“ (GAL Integration 1983)  
sowie auf dem „Programm für Hamburg“ der GAL  
von 1983 (GAL Programm 1983), die Situation der  
Menschen mit Behinderungen Anfang der 1980er  
Jahre mit unseren heutigen Gegebenheiten. Einige  
Illustrationen in der GRÜN Aktuell sind diesen  
beiden Broschüren entnommen und entsprechend  
gekennzeichnet.

Eine der Triebfedern für die Einrichtung des In-  
klusionsbeirates in unserem Bezirk ist Bernd Lepthin.  
Er sitzt als zugewählter Bürger für die GRÜNEN  
im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Integration,  
Gleichstellung und Gesundheit und hat Karin Pü-  
schel im Interview seine Sicht der Dinge aus der  
Position eines Betroffenen geschildert.  
Ein Blick auf den Inklusionsbeirat des Bezirks  
Wandsbek, dem ersten auf bezirklicher Ebene  
in Hamburg, zeigt Erfolge und Schwierigkeiten  
dieser Institution auf.

Eine kurzweilige Lektüre wünschen  
Lisa Kern und Ali Mir Agha

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
EIMSÜTTTEL





# INKLUSIONSBEIRAT BEZIRK EIMSBÜTTEL

## ANKÜNDIGUNG DES MELDEVERFAHRENS

**M**it einem von allen Parteien und Einzelabgeordnet\*innen gefassten Beschluss (Drucksache 20-2088, einsehbar unter: <https://sitzungsdienst-eimsbuettel.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1002940>) hat die Bezirksversammlung Eimsbüttel den Bezirksamtsleiter gebeten, einen Inklusionsbeirat einzurichten.

Das dazu vorgesehene Meldeverfahren wird die Bezirksversammlung durchführen. Es wird voraussichtlich zwischen Anfang September und Mitte Oktober durchgeführt und, soweit möglich, hier bekannte Institutionen direkt angeschrieben. Eine Pressemitteilung mit den Einzelheiten zum Verfahren wird zeitgleich herausgegeben. Aus dem Pool der gemeldeten Personen wird der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit (SAIGG) eine Auswahl treffen und der Be-

zirksversammlung Eimsbüttel zur Benennung vorschlagen.

Gemäß dem Beschluss wird der Beirat 20 bis 25 Mitglieder haben. Berufen werden kann jede vorgeschlagene Person, sofern die Person oder Organisation/Gruppierung im Bezirk Eimsbüttel für oder mit Menschen mit Behinderungen tätig ist.

Fragen richten Sie bitte – vorzugsweise per E-Mail – an:

### **Geschäftsstelle der Bezirksversammlung**

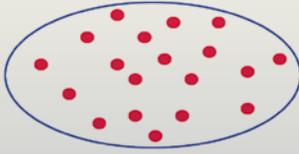
Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg

Tel.: 42801-2024 / Raum 858

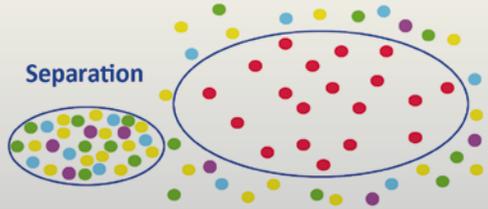
E-Mail: [bezirksversammlung@eimsbuettel.hamburg.de](mailto:bezirksversammlung@eimsbuettel.hamburg.de)

Für Fragen steht ihnen auch der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit (SAIGG), Herr Burg, mit der Telefonnummer 0049 160 1122563 gern zur Verfügung.

Exklusion



Separation



# AUF DEM WEG IN EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT: EIN INKLUSIONSBEIRAT FÜR DEN BEZIRK EIMSBÜTTEL

**Z**ehn Jahre ist es jetzt her, dass die UN-Behindertenrechts-Konvention (UN-BRK) von der Bundesrepublik Deutschland am 30. März 2007 ratifiziert wurde. In Kraft trat sie dann im März 2009. Seither stehen sowohl die Bundes- wie aber auch die Landesregierungen aber auch die Städte und Gemeinden vor der Aufgabe, die Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention in geltendes Recht umzusetzen.

Damit stehen jetzt auch die Kommunen in der Pflicht, Politik so zu gestalten, dass sie (auch) den Ansprüchen all jener Menschen, die die BRK im Blick hat, gerecht wird.

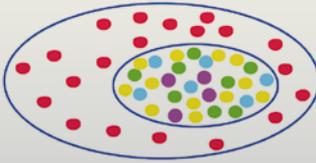
Wir Eimsbütteler GRÜNEN halten den im Februar beschlossenen Inklusionsbeirat für ein geeignetes begleitendes Instrument. Ein solcher Beirat kann die Interessen von Menschen mit Behinderungen im Bezirk aktiv vertreten und so zu einer inklusiven Kommunalpolitik beitragen. Er ist Gesprächspartner der Bezirksversammlung und der Bezirksverwaltung und gibt Hilfestellung bei der Planung von Bauvorhaben, bei der Umgestaltung von öffentlichen Plätzen und kann

in Belangen der sozialen Stadtentwicklung beraten. Außerdem dient er dem Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Behindertenorganisationen im Bezirk. Und er soll öffentlich wahrgenommen werden. Denn nur so kann er als Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen dienen und dafür sorgen, dass deren breit gefächerten Interessen Gehör finden und in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

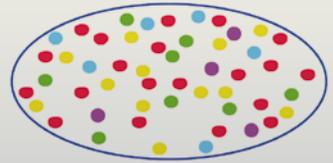
Zentral dabei ist, den vormalig verwendeten medizinischen Defizitansatz im Begriff der „Behinderung“ durch die Wertschätzung der individuellen Besonderheit jedes Menschen zu ersetzen. Dadurch wird der Beitrag anerkannt, den Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften leisten. Fortschritte in der gesellschaftlichen Entwicklung werden so direkt mit der Verwirklichung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen verknüpft.

Die in Artikel 3 der UN-BRK formulierten allgemeinen Grundsätze bilden die Leitlinien für die Umsetzung auf den unterschiedlichen Handlungsebenen des Staates, der Länder und der Kommunen ab. Kurz zusammengefasst sind dies:

Integration



Inklusion



- Achtung der Würde, Autonomie, Selbstbestimmung
- Nichtdiskriminierung
- Volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft
- Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt
- Chancengleichheit
- Barrierefreiheit
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Achtung vor sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderung und Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes sind auf Bundes- und Länderebene alle gesetzgebenden und politischen Gremien daran gebunden und müssen dieser im Rahmen ihrer Aufgaben Geltung verschaffen. Daher müssen, nach der Ratifizierung der UN-BRK, die gesetzliche Regelungen des Bundes und der Länder an deren Vorgaben angepasst werden. Das bedeutet, dass auch die Bezirke ihren Teil beitragen und die Bestimmungen der UN-BRK für ihre Handlungsebene interpretieren und in die Praxis von Politik und Verwaltung umsetzen müssen.

Es ist eine wichtige Aufgabe von Bezirkspolitik, im Dialog mit Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung, kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK zu erarbeiten. Diese müssen bei regionalen Gegebenheiten, Ressourcen und Erfordernissen ansetzen und kontinuierlich weiter entwickelt werden. Inklusion sollte – ähnlich wie die

Chancengleichheit von Männern und Frauen – als bedeutsames Kriterium des Handelns von Politik und Verwaltung im Bezirk festgeschrieben und überprüfbar gemacht werden.

In Artikel 4 Absatz „Allgemeine Verpflichtungen“ und in Artikel 29 „Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben“ der UN-Behindertenrechtskonvention wird die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen hervorgehoben.

So sollen Menschen mit Behinderungen Zugang zu allen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Gruppen und Verbänden haben und gleichberechtigt Funktionen und Ämter ausüben können. Ein Schwerpunkt der UN-Behindertenrechtskonvention besteht darin, dass Menschen mit Behinderungen als Expert\*innen in eigener Sache in alle Entscheidungen einbezogen werden. Deshalb muss ein Inklusionsbeirat, um wirksam sein zu können, auch antragsberechtigt sein.

Uns allen ist klar, dass der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft als Prozess gestaltet werden muss, der Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Nicht alle Anregungen können vor Ort sofort aufgenommen und umgesetzt werden. Neue Herausforderungen und Anpassungsbedürfnisse können sich entwickeln. Aber die Einrichtung eines Inklusionsbeirates in den Bezirken stellt einen ersten bedeutsamen Schritt dar, welchen nach dem Bezirk Wandsbek nun auch Eimsbüttel vollzieht.

Dietmar Kuhlmann

# GESCHICHTE DER INKLUSIONS- POLITIK IN EIMSBÜTTEL UND HAMBURG

**„A**uch nach dem UNO-Jahr der Behinderten `81 hat sich die Situation der Behinderten in Hamburg nicht positiv verändert. Nach wie vor werden Behinderte unterdrückt und benachteiligt. Sie werden verwaltet, versorgt, bevormundet. Eigenverantwortliches Handeln wird ihnen abgesprochen. Eine zunehmende Perfektionierung staatlicher und privater ‚Fürsorge‘ erstarkt die gesellschaftliche Isolierung Behinderter.“

Zu finden ist diese anklagende Bilanz in mehreren Programmheften der GRÜN-ALTERNATIVEN LISTE (GAL) aus den frühen 1980er Jahren. Dank einer großzügigen Spende eines grünen Urgesteins in Form dieser Hefte, war es uns möglich, uns mit der historischen Entwicklung der Hamburgischen, insbesondere Eimsbütteler „Behindertenpolitik“, heute als Teil der Inklusionspolitik bekannt, zu befassen. Anlass ist der für den Bezirk geplante Inklusionsbeirat, in welchem all diese noch immer brandaktuellen Themen, Probleme und Anliegen nun einmal mehr in Angriff genommen werden sollen.

## **Wir haben uns gefragt ...**

... was waren damals die Anliegen aller Betroffenen und der GAL? Was ist aus diesen geworden? In einer Zeit, in der der Begriff „Inklusion“ vielen Menschen mitunter Sorgenfalten auf die Stirn zeichnet, da es sich

hierbei auf unterschiedlichsten Ebenen, aber ein großes und zuweilen kompliziertes, aber äußerst wichtiges Projekt handelt, ist es besonders interessant, einen Blick auf die historische Entwicklung der Inklusion im Bezirk Eimsbüttel zu werfen und eine Bilanz zu ziehen.

## **Historischer Abriss der Behindertenpolitik der Bundesrepublik**

Ein kurzer historischer Exkurs: Bereits Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre entwickelte sich eine Bewegung, welche sich für eine gerechtere, progressivere Sozialpolitik für Menschen mit Behinderungen einsetzte. Wie das „Programm für Eimsbüttel“, vermutlich aus dem Jahr 1981, bezeugen kann, erreichten diese, vom emanzipatorischen Gedanken geleitete Bewegung, auch den hiesigen Bezirk. Im Mittelpunkt stand dabei die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen auf ein möglichst selbstständiges Leben auszurichten – besser bekannt unter dem Titel „Selbstbestimmtes-Leben-Bewegung“, welche in den USA ihren Ursprung hat. Was sich aus Gesprächen, Interviews und dem Inhalt der GAL-Programmhefte zeigt, ist die Tatsache, dass die bis heute erreichten Ziele Ergebnis eines langen und harten Kampfes sind. Ein Kampf, welcher sich zunächst damit befassen musste, das Thema „Behinderung“ weg vom Rande in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Aufgrund mangelnder Dokumentati-

on und medialer Aufmerksamkeit ist dieser Kampf heute nur noch teilweise nachzuvollziehen. Das Thema „Behinderung“ trug in der Bundesrepublik Anfang der 1980er Jahre noch immer das Stigma einer Krankheit. Der Grad einer Behinderung wurde lange nur in Relation zur Arbeits- bzw. Erwerbstätigkeit gemessen und als medizinisches „Problem“ betrachtet. Mit anderen Worten: Wie produktiv ist die Person? Wie lukrativ ist ihre Arbeitskraft für den Markt? Auch die Behinderung der Kriegsversehrten des Zweiten Weltkriegs wurde unter diesem Gesichtspunkt kategorisiert. Eine solche Stigmatisierung spiegelt sich auch in Berichten der GAL und wider, weswegen selbige darauf hinweist, dass „das Problem der Behinderten es nach Aussage der Arbeits- und Sozialbehörde in Eimsbüttel nicht zu geben [scheint], da die Verantwortlichen keine Aussage über die Anzahl der Behinderten machen können.“ Ein Bewusstsein für diese Bevölkerungsgruppe war offensichtlich auch von städtischer Seite nicht vorhanden. Ein Armutszeugnis, auf welches die GAL zurecht aufmerksam machte, wie beispielsweise in einer Broschüre der GAL zur „Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen“. Darin beklagen die Autor\*innen den fehlerhaften Ansatz bereits in der Ausbildung zur Sozialpädagog\*in, die auf die „Suche nach ‚Defekten‘ und möglichst deren Behebung“ ausgerichtet ist.

Wir schreiben inzwischen das Jahr 2017. Die ersten Anstrengungen für die Gleichberechtigung aller gesellschaftlichen Gruppen gehen weit zurück. Die Aufmerksamkeit wurde erst im Laufe der 1990er auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen gezielt gerichtet. Beispielhaft dafür ist der im Jahre 1994 im Grundgesetz verankerte ergänzende Satz im Art. 3 Abs. 3 GG „Niemand

darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Die These mag nicht zu steil wirken, dass dies viel zu spät geschah.

### Inklusives Leben in Eimsbüttel

Blicken wir nun auf Eimsbüttel. Was hat sich seit dem Erscheinen des „Programms für Eimsbüttel“ nun konkret ergeben? Anhand von Einzelbeispielen können die vergangenen Forderungen den heutigen Begebenheiten gegenübergestellt werden.

Im genannten Heft ist zu lesen: „In Eimsbüttel gibt es keine milieunahen Einrichtungen für Behinderte. Besonders betreungsbedürftige Menschen werden im Regelfall in große Bewahranstalten ausgesondert.“



GAL Programm 1983, Seite 41

## INKLUSION

Folgende konkrete Forderungen leiteten sich daraus ab:

- Recht auf Kita Plätze
- Auflösung bestehender Sonderkindergärten (Kinder [mit Behinderungen] mussten bis zum dritten Lebensjahr zu Hause bleiben, weil Kindern [ohne Behinderungen] der Vortritt für Krippenplätze gewährleistet wurde)
- Inklusive Kindergärten
- Sozialpädagogisches Personal
- I-Klassen in Regelschulen
- Beratungsstellen für Eltern
- Behindertengerechte Herrichtung im Bereich ÖPNV

### Sport und andere Freizeitgestaltung

Auch was Freizeitangebote für Jung und Alt im Bezirk angeht ist viel passiert. Der Verbund der alsterdorf.assistentz ermöglicht es Anwohner\*innen, sich vielfältig am Stadtteilgeschehen zu beteiligen. Beispielsweise der treffpunkt.ekenknick in Eidelstedt bietet einen Ort für gemeinsames Kochen, Kennenlernen und Austauschen, für Infoveranstaltungen und Themenabende.

Besonders spannend und überaus fortgeschritten ist die Entwicklung des Sportangebots in Eimsbüttel. Viele Sportvereine im Bezirk haben in den letzten Jahrzehnten Angebote eingerichtet, an welchen alle Menschen – ob nun mit oder ohne Behinderung – gleichermaßen teilnehmen können. Hinzu kommt die recht neue Einbindung von Geflüchteten in die Vereinsarbeit, welche für ein progressives Verständnis der Vereine des Inklusionsbegriffs spricht. Noch in den frühen 1980ern plädierte die frisch konstituierte GAL für die finanzielle Unterstützung Eimsbütteler Sportvereine im Behindertensport. Dem Thema war bis dato kaum Aufmerksamkeit beigemessen worden. Mitte

der 1980er Jahre begann der Sportverein Eidelstedt (SVE) eine inklusive Sportabteilung aufzubauen. Heute bietet der SVE eines der deutschlandweit größten Inklusionssportangebote an. Auch der Inklusionssport des Eimsbütteler Turnvereins (ETV) war in den letzten Jahren im Schwimmsport- und Judoangeboten besonders erfolgreich. Im Bereich Hockey ist Club an der Alster seit 1991 in Kooperation mit der Lebenshilfe Hamburg ein starker Träger des inklusiven Sports. Die HOCKIES sind inzwischen ca. 25 Menschen mit und ohne Behinderung, die bereits an vielen Turnieren erfolgreich teilgenommen haben. Die Projekte wurden mehrmals mit dem Werner-Otto Preis der Stadt Hamburg ausgezeichnet, zuletzt im Januar 2017. Mit dem inzwischen seit Jahren andauernden Engagement im Bereich des Behindertensports und dessen nachhaltiger Aufrechterhaltung, auch, wie zu Anfang, ohne politische Unterstützung, leisten die Sportvereine Eimsbüttels einen durch gesellschaftspolitisches Bewusstsein geprägten Beitrag. Bei einem Blick auf das Sportangebot im Ham-



GAL Integration 1983, Seite 17

burger Gebiet fällt auf, dass es bisher wenige Sportvereine geschafft haben, ein derartiges Angebot für alle - und zwar wirklich alle - auf die Beine zu stellen. In Hamburg gibt es laut Hamburger Sportbund heutzutage ca. 1.300 Sportangeboten für Menschen mit Behinderungen, davon ein Großteil im Bezirk Eimsbüttel. Die Sportvereine Eimsbüttels weisen also ein hohes Maß an Aufmerksamkeit für die Einbindung aller Sportinteressierten auf - eine der maßgeblichen Forderungen der GAL Eimsbüttel Anfang der 1980er Jahre.



GAL Integration 1983, Seite 11

### Wohnen und Arbeiten

Im Bereich der Erwerbstätigkeit hat sich vieles getan. Wer schon seit einigen Jahren in Eimsbüttel wohnt, wird sich noch an die Schlumper erinnern können, die in den 1980er auf Initiative des Hamburger Künstler Rolf Laute im Bezirk künstlerisch wirken konnten und ihre Werke seither zur Schau stellen. Heute sind das Atelier und die Werkstatt nicht mehr im alten Krankenhausgebäude Beim Schlump zu finden. Inzwischen arbeiten die Künstler\*innen in der Marktstraße und stellen ihre Werke in der Alten Rinderschlachthalle am Neuen Kamp aus. Die ehemalige Außenwohnstube der Alsterdorfer Anstalten, das Stadthaus Schlump, beherbergt heute eine Bar und eine Pension, sowie Privatwohnungen. Arbeiten in Eimsbüttel mit einer Behinderung ist inzwischen zum Beispiel in einem der Tagewerke *alsterdorf.assistenz.west* in Eidelstedt möglich. Außerdem können im Laden *mügge.35* in der Müggenkampstraße neuerdings, in den Hamburger Tagewerken liebevoll hergestellte Kleinigkeiten, erstanden werden. Darüber hinaus ist es inzwischen Usus, in z.B. handwerklichen Betrieben Ausbildungsangebote für Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen zu gewährleisten. Die Ein-

richtungen der Hamburger Arbeitsassistenz (HAA) verfolgt das Prinzip einer Anstellung in Betrieben, die darauf abzielt, zunächst eine enge Begleitung der Person zu ermöglichen, um später eine Eingliederung in ein eigenständiges Erwerbstätigkeitsverhältnis zu gewährleisten. Die Hausgemeinschaft Grundstraße der *alsterdorf.assistenz.west* ist ein gutes Beispiel für die Möglichkeit eines im Stadtteil verankerten Zusammenlebens verschiedener Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Für Betreuung ist rund um die Uhr gesorgt. Außerdem sind die Wohnungen alle barrierefrei gestaltet. Derartige Angebote sollten in Zukunft vermehrt ausgebaut werden.

### ÖPNV

Ein großes Anliegen der damaligen GAL war die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs. Die Haltestellen der Linie U2 sind inzwischen, bis auf wenige Ausnahmen, komplett mit Fahrstühlen erschlossen. Die Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau der Haltestellen Hagendeel und Joach-

### CHRONIK DER BEHINDERTENPOLITISCHEN GESETZE NACH 1990

- 1994 Art. 3 Grundgesetz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“
- 1998 Behindertengleichstellungsgesetz im Bundestag verabschiedet
- 2005 Begriff der „Sonderschule“ durch „Förderschule“ bundesweit abgelöst
- 2006 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten
- 2009 UN-Behindertenrechtskonvention tritt in Kraft

im-Mähl-Straße sollen im Jahr 2018 beendet sein, so der Plan der Hamburger HOCHBAHN. Auch viele Bushaltestellen sind inzwischen umgebaut worden und dadurch barrierefrei. Dennoch bedarf es weiterer Ausbesserungen und der Entwicklung einer ganzheitlichen Strategie. Ampelvorrichtungen sind nur teilweise auf bspw. Blinde ausgerichtet, noch immer gibt es keine Hinweise auf Fahrtrichtungen. Die Magdeburger Verkehrsbetriebe haben bspw. ein interaktives Säulensystem eingerichtet, welches bei Bedarf per Druckknopf über die nächsten Straßenbahnen informiert. Ein System in Anlehnung an dieses Konzept könnte bereits Abhilfe schaffen. Bernd Lepthin regt in diesem Heft in seinem Interview (S. 12–15) weitere Projekte an, die von Seiten der Stadt und der HOCHBAHN unbedingt umgesetzt werden sollten.

#### **Kitas, Schulen und Betreuung**

Doch wie steht es um andere Eimsbütteler Einrichtungen? Was hat sich in Sachen Kita-Plätze und inklusiver Kitas getan? Wie steht es um sozialpädagogisches Personal, Beratungsstellen für Familien und integra-

tiven Regelschulen? Inzwischen sind viele Kitas, darauf ausgerichtet, Kinder mit und ohne Behinderungen betreuen zu können. Ganztagsbetreuung und speziell ausgerichtete Angebote, unterstützt durch Sonderpädagog\*innen, sind Teil des Alltags in ca. 80 Kitas. Ziel sollte natürlich sein, dass diese Angebote kein Alleinstellungsmerkmal mehr sind, sondern einen selbstverständlichen Teil der hamburgischen Kitas darstellen. Eine Segregation, wie in den 1980er Jahren, als Kindern ohne Behinderungen bevorzugt bei der Platzvergabe behandelt wurden, findet sich nicht mehr. Beratungsangebote werden beispielsweise durch private Träger\*innen oder Regionale Beratungszentren (ReBBZ) gestemmt.

Obwohl die Bilanz bis hierhin recht positiv ausfällt, sollte klar sein, dass viele Dinge noch nicht ausreichend angegangen wurden. Wären seit den 1980ern alle Forderungen verschiedenster Akteur\*innen zu vollster Zufriedenheit umgesetzt worden, gäbe es keinen Bedarf für einen Inklusionsbeirat. Es ist offensichtlich, dass sich vieles getan hat. Dennoch steht außer Frage, dass es noch an

vielen Ecken und Enden hapert. Nicht zuletzt ist dies eine Frage der Finanzierung. Wünschenswert wäre es, wenn weitere infrastrukturelle und soziale Ziele in Zukunft nicht mehr bis zu 30 Jahre auf ihre Umsetzung warten müssten. Es gilt weiterhin, wie die GAL damals schon unterstrich, Menschen mit und ohne Behinderungen ein gemeinsames, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Daher muss von politischer Seite in Hamburg vermehrt ein Fokus auf die Inklusionspolitik gelegt werden – an Schulen, Kitas, Arbeitsplätzen, der Universität und im öffentlichen Leben. Eimsbüttel setzt dafür, mit der Einrichtung eines Inklusionsbeirates, als zweiter Bezirk in Hamburg nach Wandsbek, ein wichtiges Zeichen.

Bei vielen Planungen und Ausführungen hapert es im Detail, so wie es auch Bernd Lepthin schildert, wenn er von den falsch verlegten Querrillen am Schlump berichtet.

**Quellenverzeichnis**

<http://sve-hamburg.de/inklusion/>  
<http://www.alexander-otto-sportstiftung.de/werner-otto-preis/>  
[http://www.lebenshilfe-hamburg.de/vorgestellt\\_die\\_hockies\\_de\\_1979.html](http://www.lebenshilfe-hamburg.de/vorgestellt_die_hockies_de_1979.html)  
<http://www.dcada.de/alsterhilft/215-die-hockies.html>  
<https://www.hamburger-sportbund.de/artikel/93/sportverb%C3%A4nde-gemeinsam-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen>  
[https://www.hochbahn.de/hochbahn/hamburg/de/Home/Naechster\\_Halt/Ausbau\\_und\\_Projekte/Barrierefreier\\_Ausbau](https://www.hochbahn.de/hochbahn/hamburg/de/Home/Naechster_Halt/Ausbau_und_Projekte/Barrierefreier_Ausbau)  
<http://www.alsterdorf-assistenz-west.de/regionen/altona-eimsbuettel-othmarschen-ottensen-st-pauli/eimsbuettel/grundstrasse/>  
<http://www.bpb.de/apuz/32707/die-geschichte-der-behindertenpolitik-in-der-bundesrepublik-aus-sicht-der-disability-history?p=all>  
 Programm für Eimsbüttel, Grüne Alternative Liste und Programm für Hamburg, Grüne Alternative Liste  
 Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen. Eine Broschüre der GAL/Hamburg , Fachgruppe Behindertenpolitik. Juli 1983.



GAL Integration 1983, Seite 22

# INTERVIEW ZUM INKLUSIONS- BEIRAT MIT BERND LEPTHIN

**V**ielen Dank, Bernd, dass ich zu dir kommen kann, um ein mit dir über den Inklusionsbeirat, mit dem wir uns in der GRÜNEN Fraktion schon seit längerer Zeit beschäftigen, zu sprechen.

**Als erstes möchte ich dich gerne fragen, wann du persönlich auf das Thema Inklusion gestoßen bist? Als Journalist hast du sehr viele Themen bewegt und dich engagiert. Was war der Anlass, über Inklusion nachzudenken?**

Schon als Redaktionsleiter des „ARD Ratgebers Technik“ beim NDR habe ich Geräte und Produkte, die für Menschen mit Behinderungen vorgesehen waren, als Thema behandelt. Das war noch vor 1980, und schon bei diesen Beiträgen wurden viele neue Angebote unter die Lupe genommen unter dem Motto: „Die behindertengerechte Stadt muss nicht teuer sein“. Das hieße allerdings, dass man eigentlich jedes Haus und jeden Zugang behindertengerecht machen müsste, was bis heute in Hamburg nicht verwirklicht worden ist.

**Immerhin war das Thema vor 30 Jahren schon mal in der Gesellschaft präsent, u.a. auch weil du dich als Journalist damit beschäftigt hast. Wie ging es dann weiter? Du bist dann bei den GRÜNEN eingetreten.**

Ja, allerdings hat um 2003, noch bevor ich eingetreten war, die GRÜNE Landesmitgliederversammlung Hamburg beschlossen, Hamburg müsse „die Hauptstadt des behindertengerechten Zugangs“ werden. Dieser Anspruch ist bis heute nicht verwirklicht worden, müsste jedoch wenigstens im Bezirk verwirklicht werden.



Bernd Leptihn, 1941 in Reinbek geboren, ist seit der vorigen Legislaturperiode zugewählter Bürger im Sozialausschuss der Bezirksversammlung Eimsbüttel. Eigentlich wollte er Bauingenieur werden, zog dann aber die Tätigkeit eines Journalisten vor. Er absolvierte ein Volontariat bei der „Hör Zu“, kam 1970 dann aber nach verschiedenen Jobs (u.a. bei einer Presseagentur) zum NDR-Fernsehen.

In 32 Jahren konzipierte er u.a. das erste Umwelt-Feature Deutschlands, leitete und moderierte den „ARD-Ratgeber Technik“ und „Rufen Sie uns an“. Seit seiner Pensionierung engagiert er sich besonders für Menschen mit Behinderung und Barrierefreiheit in Hamburg.

Foto: Bernd Leptihn

**Gut, da sind wir ja dabei! Also damals haben die GRÜNEN das auch schon vertreten und du selber hast das Thema auch vorgebracht. Was das eher nach deiner Pensionierung oder schon vorher?**

Nein, das war schon vorher. Ich habe also, ich weiß gar nicht genau, wann ich eingetreten bin, aber ich habe schon dem damaligen Vorstandsmitglied, der für die Finanzierung zuständig war, gesagt: Wir müssen unbedingt in unser Wahlkampfprogramm aufnehmen, dass

wir für die Inklusion sind. Da sagte er dann, das sei jetzt eigentlich zu spät. Dann habe ich die Broschüre „DIE BARRIEREFREIE STADT IST MÖGLICH! Erfahrungsbericht eines betroffenen GRÜNEN“ gemacht, das war im Juli 2012 und die ist bei uns in der Geschäftsstelle erhältlich. Da durfte ich dann noch 500 € spendieren, dass die Broschüre auch wirklich ins Leben gerufen und gedruckt wurde. Auf einer Messe im CCH ist die mir förmlich aus der Hand gerissen worden, insbesondere von Leuten, die irgendeine Behinderung hatten.

**Nachdem du mit viel Engagement diese Broschüre veröffentlicht hast, bist du im Jahr 2014 als „zugewählter“ Bürger hier in Eimsbüttel in den Sozialausschuss benannt worden und hast dort die Inklusion als dein Thema weiter voran gebracht.**

Ja, ich habe im Landesausschuss das Thema angebracht und habe mit Hilfe von anderen Menschen mit Behinderungen, die bei uns Mitglied sind, ein Papier vorbereitet zu dem Thema. Dort haben wir alles aufgeführt, was uns dazu eingefallen ist. Da habe ich dann gesagt: Nun müssen wir im Bezirk Eimsbüttel auch weiterkommen. Und nachdem ich dann 2014 von der GRÜNEN-Fraktion für den Sozialausschuss benannt wurde, habe ich mich gegen viel Widerstand abgestrampelt. Aber 2015 ist dann auch den anderen Fraktionen außerhalb der Regierungskoalition klar geworden, dass ein Inklusionsbeirat dringend notwendig sei.

**Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN von 2014 ist die Prüfung der Einrichtung eines Inklusionsbeirates bereits genannt worden. Und das hat uns GRÜNE in der Fraktion auch vorangetrieben, uns weiter für die Umsetzung eines Inklusionsbeirates einzusetzen. Der erste Schritt war es, überhaupt einen Antrag zu formulieren, woraufhin anschließend**

**erstmal gar nichts passiert ist.**

Ja, das ist das Problem gewesen. Es gab unheimlich viele Bedenken, auch bei unserem Koalitionspartner, der SPD, aber wir haben es nicht einfach ruhen lassen. Ich habe mir auch mal von grüner Seite sagen lassen müssen, ich hätte nichts anderes im Kopf als diesen Inklusionsbeirat. Ja, wenn das ein Thema ist, das trotz eines Antrags nicht durchkommt und immer wieder verschoben wird und noch eine Fachfrau oder ein Fachmann usw. hinzugezogen werden muss, dachte ich, die wollen mich veralbern. Ich bin auch froh, dass jetzt alle einsichtig sind wegen der Notwendigkeit. Jetzt haben wir ja endlich den Beirat und das ist wunderbar und wir wollen den Bezirk nun zur „Hauptstadt der Inklusion“ machen.

**Genau, es ist im Februar 2017 beschlossen worden, einen Inklusionsbeirat zu installieren. Wir haben jetzt ein Konzept, einen Rahmenplan, erarbeitet mit einer Geschäftsordnung. Was wäre für dich persönlich das Wichtigste, warum so ein Inklusionsbeirat notwendig ist?**

Inzwischen bin ich ja selbst ein Behinderter. Ich kann nur noch mit Elektroscooter kommen. Und ich sehe überall die Hindernisse, die ein\*e Nicht-Behinderte\*r gar nicht sieht. Aber es sind nicht nur wir, die Menschen mit Behinderungen, das sind ca. 150.000 Leute, die von der Behörde einen Ausweis bekommen haben, betroffen, sondern u.a. auch die Menschen, die mit Kinderwagen unterwegs sind, und der nur zu zweit eine Treppe hoch zu bekommen ist. Oder als älterer Mensch, der den schweren Koffer nicht mehr die Treppe hoch zum Bahnhof schleppen kann. Oder wenn man ein Fahrrad zur U-Bahn transportieren will, da braucht man einen Fahrstuhl. Da sind dann bis zu 400.000 Hamburger\*innen betroffen, ca. ein Fünftel der Einwohner\*innen. Fahrstühle werden ja nun Gott sei Dank in Hamburg gebaut, aber das

## INKLUSION

hat auch gedauert. Ich habe schon vor fast 45 Jahren zum ersten Mal für einen Nachbarn, der im Rollstuhl saß, einen Brief geschrieben, und den Bürgermeister aufgefordert, er müsse auf diesem Gebiet endlich mal etwas tun. Ich habe nicht mal eine Antwort bekommen.

**Aber inzwischen sind ca. 80% der U-Bahnstationen mit Fahrstühlen ausgestattet. Es ist also eine ganze Menge passiert. Insofern hat dein Engagement, auch mit vielen anderen zusammen, schon etwas bewirkt. Wie stellst du dir die Arbeit eines solchen Inklusionsbeirates vor? Welche Rolle hätte er jetzt?**

Also in dem Inklusionsbeirat sollen ja Behindertenorganisationen sein und auch viele Menschen mit Behinderungen selbst, um mitentscheiden und beraten zu können. Probleme gibt es ja überall. Sei es bei den Übergängen an Kreuzungen. Bisher hat es eine Verordnung für Blinde gegeben, dass man mit dem Taststock den Bürgersteig erfühlen können muss, der deswegen drei Zentimeter hoch sein muss. Das hatte wiederum zur Folge, dass viele Leute, die ihren Gehwagen nicht mehr anheben können oder Menschen in einem Rollstuhl, gar nicht drüber fahren können. Neuerdings gibt es jetzt eine Bürgersteigplatte mit Querrillen, wo blinde Menschen mit dem Blindenstock fühlen können, aha, hier kommt wieder ein Bürgersteig. An der Kreuzung zur Oberstraße/Schlankreye ist das z.B. sehr günstig gelöst worden, indem der Bürgersteig bis auf das Niveau des Straßenpflasters abgesenkt ist und eine Platte mit Querrillen, wo man als sehbehinderter Mensch hinterhakt und auch mit dem Gehwagen ganz einfach drüber fahren kann. Aber eine Kreuzung weiter am Schlump, ist diese Platte beim Einbau einfach um 90° gedreht worden und jetzt können Leute mit dem Taststock nicht mehr erfühlen, wo die Straße anfängt. Genauso in der frisch umgebauten Osterstraße: Da hat

die Bauaufsicht nicht aufgepasst und das wollen wir gefälligst geändert haben. Oder dass Hörgeschädigte, bzw. nicht hörende Menschen im Kino oder Theater, in Kirchen oder Museen nicht wissen, wo sie hin sollen und von der Aufführung nichts mitbekommen. Es gibt für diese Menschen meist spezielle Hörgeräte an der Kasse. Die Leute brauchen mehr und größere Beschriftung, weil sie teilweise auch sehr schlecht sehen können. Notfalls muss – wie bei Gastspielen deutscher Theater im Ausland – der Text des Stückes neben der Bühne projiziert werden.

Und es muss auf jeden Fall auch mehr behindertengerechte Toiletten (50 Prozent aller Restaurant-WCs liegen im Keller) geben und die Stadt muss zumindest dafür sorgen, dass in der Nähe zugängliche Toiletten eingerichtet werden. In der Eppendorfer Landstraße gibt es leider ein als behindertengerecht bezeichnetes Klo, das allerdings nicht behindertengerecht ist. Ich bin da schon gegen das Klo Becken gefahren und hängen geblieben, so dass ich alleine nicht wieder rauskommen konnte. Überall da soll der Inklusionsbeirat beratend tätig werden.

**Genau dafür wäre ja auch so ein Beirat da. Wie oft sollte der sinnvollerweise tagen, was meinst du?**

Im Entwurf der Geschäftsordnung steht, der Inklusionsbeirat soll vier Mal im Jahr tagen. Aber ich denke, damit wird er nicht auskommen. Es gibt so viele Probleme in diesem Bereich.

**Aber du hattest ja auch noch andere Anliegen, die du aus deiner eigenen Erfahrung wichtig findest, z.B. mit den Fußgängerampeln, an denen man Lautsprecher installiert.**

Es sind schon viele Lautsprecher installiert. Da erfährt ein blinder oder sehbehinderter Mensch aber nur, wo denn eigentlich die Ampel ist, wo es einen Lautsprecher gibt. Man

könnte diesen Lautsprecher mit der grünen Ampelphase zusammen schalten und dann müsste ein anderer Ton dafür sorgen, dass man bei grün über die Straße kommt.

**Und dann habe ich noch von Außenlautsprechern an Bussen und Bahnen von dir gehört. Wie sollte das sein und warum?**

Wenn man mit dem Bus oder mit der Bahn fährt, stehen da die Nummer und der Zielort vorne dran. Aber es sagt den blinden oder sehbehinderten Menschen keiner, jetzt kommt ein Kurz- oder ein Langzug. Es sagt ihnen keiner, wohin der eigentlich fährt. Deswegen müssten Außenlautsprecher installiert sein, die den Leuten sagen, wo es hingeht. Alle Busse und Bahnen sollten damit ausgerüstet werden, was wohl mit geringem Aufwand zu leisten wäre.

**Das sind jetzt ganz konkrete bzw. notwendige Verbesserungen, die man in so einem Inklusionsbeirat diskutiert und dann hofft, dass sie umgesetzt werden. Wie ist denn deine jetzige Situation? Was wäre für dich das Wichtigste?**

Wichtig für mich wäre auf jeden Fall – und das geht über den Bezirk hinaus –, dass es eine Norm bzw. einen Entwurf dessen gibt, dass eigentlich auch für einen Menschen mit Behinderungen die gleichen Bedingungen herrschen müssten wie für nicht-Behinderte. Und das ist bei den Sitzungen des Sozialausschusses das Problem. Ich bin der einzige, der bei einem Brand nicht aus dem 12. Stock weg kommt. Denn die anderen Ausschussmitglieder können die Treppen runterrennen, währenddessen stehe ich mit meinem Rollstuhl vor den Fahrstühlen, worauf steht: „Bitte bei Brand nicht benutzen.“ Und ich weiß nicht, ob die Feuerwehr dann auch wirklich in den 12. Stock hinauf turnt und mich rettet. Denn die müssen alle Atemgeräte tragen und ich nehme an, dass ich dann sanft verglühen werde.

**Na wir nehmen dich auf den Rücken und schleppen dich runter. Das machen wir dann schon, wenn es dazu käme. (beide lachen)**

Bei 135 Kilo????

**Du hattest ja auch schon mal vorgetragen, dass das z.B. in Wien ganz anders geregelt ist.**

Ja, in Wien ist das ganz anders. Es gibt bei Neu- und Umbauten eine Vorschrift, dass es in jeder Etage einen Fluchtraum geben muss, in den man sich zurückziehen kann, wenn es brennt. Und die Feuerwehr holt einen dann ab mit einem Schlüssel und einem Fahrstuhl, der stromnetzunabhängig ist und rettet einen. Das ist ein teurer Spaß, aber Wien hat es gemacht und Wien hat nicht so viel Geld wie die Stadt Hamburg.

**Da ist sicherlich ein anderes Problembewusstsein da, aber es zeigt, dass es machbar ist. Und das ist ja wichtig als Zukunftsperspektive. Ja, ich denke, wir haben jetzt schon ganz viel angesprochen. Möchtest du noch irgendwas sagen, was dir wichtig ist?**

Ach, es ist so vieles wichtig. Deshalb sollte der Inklusionsbeirat, in dem viele Leute sitzen werden, die verstehen, worüber sie reden auch Gehör finden bei den Spezialist\*innen, wie z.B. Architekt\*innen, die in die Neubebauungen involviert sind. Die müssen verpflichtet werden, dass der Inklusionsbeirat über die einzelnen Baumaßnahmen informiert wird und Widerspruch einlegen kann.

**Gut! Danke, Bernd, für das Interview und auch für die Zusammenarbeit mit dir. Manchmal war es ja anstrengend, aber du hast nicht locker gelassen, und wir auch nicht, und so haben wir gemeinsam einen Erfolg errungen. Vielen Dank.**

Vielen Dank, sage ich auch dir und allen Mitgliedern des Sozialausschusses.

Interview geführt von Karin Püschel



## DER INKLUSIONSBEIRAT IM BEZIRK WANDSBEK: VORBILD FÜR EIMSBÜTTTEL

**B**ereits in der letzten Wahlperiode, am 26. Januar 2012, hat die Bezirksversammlung Wandsbek den hamburgweit ersten Inklusionsbeirat auf Bezirksebene eingerichtet und damit für die Hamburger Bezirkspolitik ein deutliches Signal gesetzt, welches als Anreiz für die Eimsbütteler GRÜNEN zur Einrichtung eines ebensolchen Beirates in ihrem eigenen Bezirk dienen sollte.

Nach der Überreichung der Berufungsurkunden an die 23 Mitglieder des Beirates durch den Bezirksamtsleiter am 7. September hat sich der Beirat zum ersten Mal in konstituierender Sitzung getroffen und schließlich am 6. November seine Geschäftsordnung verabschiedet und mit Christian Lührs als Ersten Vorsitzenden gewählt.

Vordringliche Aufgabe des Inklusionsbeirates in Wandsbek ist es, die Interessen von

Menschen mit Behinderungen im Bezirk aktiv zu vertreten und so zu einer behindertengerechten Kommunalpolitik beizutragen, vorwiegend als Gesprächspartner der Bezirksversammlung und der Bezirksverwaltung. Dabei soll er Hilfestellung bei der Planung von Bauvorhaben und in Belangen der sozialen Stadtentwicklung geben und dem Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Behindertenorganisationen im Bezirk und als Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen dienen.

15 Mitglieder des Inklusionsbeirates haben selbst Beeinträchtigungen, sind Angehörige oder Interessenvertreter\*innen. Ihre Erfahrungen sind ein wesentlicher Bestandteil für die erfolgreiche Arbeit des Inklusionsbeirates. Acht Mitglieder sind Gremienvertreter\*innen und Leistungsanbieter\*innen und stellen so die Vernetzung zu wichtigen Kooperationspartner\*innen her.

Der Einstieg in die inhaltliche Arbeit begann mit der mangelnden Barrierefreiheit des Vorplatzes der Post am Wandsbeker Markt. Auf Anraten des Inklusionsbeirates hat die Bezirksversammlung Planung und Mittel beantragt, um diesem Mangel abzuhelpfen. Weniger erfolgreich ging es weiter, da dem Einbau eines Treppenliftes zur Aula am Gymnasium Farmsen in die Zuständigkeit der Schulbehörde fiel. Inzwischen kristallisiert sich neben den Themen Schule und Arbeit vor allem die Nutzung des HVV als sehr wichtiges Thema heraus.

Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode standen die Themen

- Sport für Menschen mit Bewegungseinschränkungen
- barrierefreier und bezahlbarer Wohnungsbau
- Barrierefreiheit im Internet – Gebärdendolmetscher

- Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche
- Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen, Begleitung, Barrierefreiheit in der Praxis
- öffentliche Gebäude, öffentliche Toiletten, Wegbeschreibungen, Pictogramme
- Transport, Busplätze, Kapazitäten
- Transparenzgesetz
- Inklusionsbüro (Hr. Becker)

auf der Tagesordnung, wobei relativ schnell klar wurde, dass der „Beirat erst einmal selbst Inklusion üben“ musste, wie der Vorsitzende Christian Lührs feststellte. Dabei ging es um die Frage, in welchem Umfang Sitzungsunterlagen vor der Veröffentlichung auf der Internet-Homepage in „leichte Sprache“ übersetzt werden sollen, damit auch geistig und lernbehinderte Menschen die Arbeit verstehen und verfolgen können – eben Teilhabe für alle. Ein Großteil des schmalen Budgets von 10.000 Euro dürfte so aufgebraucht werden.

Während sich der Beirat zunächst in einem dreimonatigen Turnus getroffen hat, ist er zu Beginn der 20. Wahlperiode in neuer Zusammensetzung (konstituierende Sitzung am 7. Oktober 2014) jedoch zu einer engeren Taktung übergegangen: zweimonatlich, was allerdings aufgrund der Ferienzeiten lediglich zu 5 Sitzungen im Jahr führt.

Durch die Einführung eines Integrationsfonds im Jahr 2015 stehen dem Integrationsbeirat nunmehr per anno 40.000 € zur Verfügung, die für Maßnahmen wie den barrierefreien Umbau des Parkplatzes am Bezirksamt, die Verlängerung der elektronischen Öffnungszeiten der Fahrstühle, den Einbau elektronischer Türöffner, und den anlassbezogenen Einsatz von Schriftdolmetscher\*innen für öffentliche Sitzungen und Veranstaltungen des Bezirksamtes als Pilotprojekt vorgesehen sind (SPD und BÜNDNIS

## INKLUSION

90/Die GRÜNEN, Halbzeitbilanz 2014–2017: Der rot-grüne Weg für Wandsbek, 2017, S. 9).

Beschäftigt hat sich der Beirat in dieser Legislaturperiode u.a. regelmäßig mit den Ergebnissen der Bezirksversammlung und der Ausschüsse auf Bezirksebene, aus denen regelmäßig berichtet wird, Außerdem standen die Gesundheitsversorgung (Behandlung im Rollstuhl), der Inklusionsfonds, die Ausstattung des HVV für Blinde und Sehbehinderte, ein zu erstellender Stadtführer „Barrierefreiheit“ und der Wohnraumbedarf

für Menschen mit Behinderungen auf der Tagesordnung.

Insgesamt ist der Integrationsbeirat in Wandsbek ein dringend benötigtes Instrument um Barrierefreiheit im Bezirk und weitere legitime Interessen von Menschen mit Behinderungen durchzusetzen. Die finanzielle Ausstattung bietet sicherlich noch Raum nach oben, um dem Beirat mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten. Er ist aber aus dem Bezirk schon nicht mehr wegzudenken.

Thomas Rave



Jörg Farys - Gesellschaftsbilder 240, 2016

# ZUSAMMENLEBEN UND MITGESTALTEN VERTIEFEN: EIMSBÜTTEL HAT VIEL GESCHAFFT UND NOCH VIEL VOR

**B**n den letzten Jahren sind sehr viele Menschen aus Krisenländern nach Europa geflüchtet. Hamburg, das Tor zur Welt, wurde und ist immer noch für viele das Ziel. Für die Stadt stellte sich die Situation vor allem der Jahre 2015 und 2016 als sehr große Herausforderung dar, auf die niemand vorbereitet war.

„Die Politik“ und „die Verwaltung“, die hierzulande normalerweise die Aufgaben allgemeinen Interesses übernehmen und denen man diese Aufgaben auch gerne wie selbstverständlich zuweist, konnten die vielfältigen Aufgaben nicht alleine schaffen. Umso erfreulicher war und ist das vorher kaum für möglich gehaltene Engagement zahlreicher Menschen, die vor Ort dort anpackten, wo die Ankommenden Unterstützung brauchten: am Bahnhof, beim Sammeln und Ausgeben von Kleidern, bei der Organisation von Sprachkursen, von Sport- und Kulturangeboten, beim gemeinsamen Gang zu den Ämtern und nicht zuletzt beim Miteinanderreden und Zuhören.

Auch im Bezirk Eimsbüttel haben sich sehr viele Menschen und Institutionen eingebracht, vor allem im Umfeld der neu entstandenen Unterkünfte, zunächst in Lokstedt und Niendorf, dann auch in Eidelstedt, Stellingen und Schnelsen. „Herzliches Lokstedt“ organisiert seit nunmehr drei Jahren verschiedene Sport- und Kulturangebote an zentralen Orten in Lokstedt und Stellingen; „Wir für Niendorf“, mitgetragen von der evangelischen Kirche, kann für seine vielfältigen Angebote nun am Tibarg ein Haus der Begegnung eröffnen; der

Sportverein Eidelstedt (SVE), der, wie viele andere Sportvereine, bei der Schaffung von Kontaktmöglichkeiten besonders wichtig und aktiv tätig ist, stellte eine Koordinatorin zur Flüchtlingsarbeit ein. Diese drei Projekte werden seit Kurzem unterstützt durch Mittel des Hamburger Integrationsfonds. Viele andere Freiwillige kommen hinzu, wie etwa im Netzwerk „Wir in Eidelstedt“ oder Freiwillige im Umfeld der Unterkunft am Grandweg/Lohkoppelweg, die auch auf die jahrzehntelangen Erfahrungen und Angebote des Bürgerhauses Lokstedt zurückgreifen können. Es sind erfreulich viele, auch in den Kirchen, den Vereinen, Unternehmen und nicht zuletzt in den Schulen.

Im Vergleich zur Situation vor ein, zwei Jahren hat sich einiges getan, unsere Stadtteile sind bekannt für ihr großes Engagement und ihre Offenheit. Sie profitieren von der Bereicherung, bspw. durch neue Kontakte, Schulfreundschaften, gemeinsame kulturelle Veranstaltungen. Gleichwohl bleibt die Wohn- bzw. Unterbringungspolitik für die Geflüchteten nach wie vor eine große Herausforderung. Die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt macht für sie wie auch für viele andere in unserer Gesellschaft ein Umziehen auf den „normalen“ Wohnungsmarkt fast unmöglich.

2017 werden in Eimsbüttel wieder zahlreiche Unterkünfte geschlossen, andere eröffnet, wieder andere werden ausgebaut. Die damit verbundenen Umzüge haben weitreichende Konsequenzen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Bewohner\*innen vor Ort ihren Kindergarten, ihre Schule oder ihren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden oder sich in

anderer Form eingelebt und integriert haben.

Als 2016 die Unterkunft an der Lokstedter Höhe geschlossen wurde, wurden die Bewohner, darunter viele Familien mit Kindern in den benachbarten Schulen, Kindergärten und Sportvereinen, über halb Hamburg verteilt. 2017 setzten sich Anwohner der Unterkunft an der Paul-Sorge-Straße erfolgreich dafür ein, dass die Unterkunft erst in der Sommerpause geschlossen wird, damit die Kinder zumindest noch das Schul- bzw. KiTa-Jahr abschließen können.

Aufgrund der 2017 anstehenden Schließungen und Neubelegungen hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Auf die Frage, wie die Bewohner\*innen in ihren Umzug einbezogen würden, heißt es, dass das „Unterkunfts- und Sozialmanagement [...] die individuellen Anforderungen und Bedarfe“ der Bewohner\*innen zwar erfasse, aber: „Da die Einhaltung der Kriterien für Transparenz und damit Gleichbehandlung sorgen, können die Bewohner keinen Einfluss auf die Wahl des neuen Standortes nehmen.“ Aus der Verwaltungslogik mag das nachvollziehbar sein, schön für die Betroffenen ist es nicht.

Immerhin scheint die Verwaltung aus den oben skizzierten Erfahrungen gelernt zu haben, denn sie bejaht die Frage, ob sichergestellt sei, „dass die neuen Unterkünfte in der Umgebung vollständig eingerichtet, die Sozialräume etc. hergestellt sind, bevor die alten Unterkünfte aufgelöst werden, um den Bewohner\*innen sofort ein neues wohnliches Umfeld bieten zu können“.

Weniger befriedigend ist, dass auf die Frage nach Maßnahmen zur Ausstattung der Nachbarschaften mit der notwendigen Infrastruktur nur auf die oben beschriebenen Maßnahmen des Hamburger Integrationsfonds verwiesen wird, während über Angebote in den Bereichen Schule oder ÖPNV keine Aussage getroffen wird.

Dabei hat die Bezirksversammlung Eims-

büttel in ihren bisherigen Stellungnahmen zu verschiedenen Standorten der Unterbringung von Geflüchteten stets auf die Schulsituation verwiesen. Beispielsweise bei der geplanten Erweiterung am Hagendeel (BV-Beschluss vom 28.4.2016, Drucksache 20-1532): „Der Senat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Basisklassen (ABC Klassen/Alpha-Klassen) und internationale Vorbereitungsklassen (IVK) für geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Nähe angeboten werden. Dies betrifft insbesondere auch IVK für Schüler ab Klasse Sieben, die derzeit nicht im Bezirk Eimsbüttel angeboten werden.“ Schulangebote werden hier als Schlüssel für eine gelungene Inklusion betrachtet – in der Verwaltung scheint sich diese Erkenntnis noch nicht durchgesetzt zu haben.

Es zeigt sich außerdem, dass die Verwaltung bei ihren Überlegungen zu den Strukturen an neuen oder bestehenden Standorten offenbar einen Fehler bislang nicht abgestellt hat: Die Menschen vor Ort werden weiterhin nur ungenügend einbezogen. Schon 2016 forderte die rot-grüne Koalition in der Eimsbütteler Bezirksversammlung den Senat bezüglich der Begleitmaßnahmen zur sozialräumlichen Inklusion mehrmals auf, „bei der Planung [...] die Anwohnerinnen und Anwohner und die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Unterstützer\*innen und soweit auch möglich die Geflüchteten zu beteiligen.“ (etwa Drucksachen 20-1532 und 20-1647)

Es wird Zeit, die Menschen vor Ort als Akteure und nicht als Objekte zu verstehen. Denn auch das hat das Engagement der letzten Jahre gezeigt: Es gibt bei vielen Menschen eine starke Bereitschaft, die Aufgaben allgemeinen Interesses mitzugestalten und dies nicht (mehr) „der Politik“ oder „der Verwaltung“ zu überlassen. Diese Bereitschaft und gleichzeitige Forderung nach Beteiligung muss endlich auch in das Verwaltungshandeln einbezogen werden!

Sebastian Dorsch & Philip Engler



## WOHNUNGSBAU IN HAMBURG

**H**amburg ist eine wachsende Stadt. In Deutschland und Europa wächst der Wunsch nach urbanem Lebensraum, der Menschen aller Altersgruppen zunehmend in die Städte zieht und das bereits bestehende Phänomen der Landflucht lange anhalten lässt.

Zur Sicherstellung des daraus resultierenden Wohnungsbedarfs und zur Gewährleistung der angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung ist Wohnungsbau auf dauerhaft hohem Niveau erforderlich. So hat der

aktuelle rot-grüne Senat mit dem Bündnis für das Wohnen in Hamburg ein Wohnungsbauprogramm begründet bei dem jährlich mindestens 10.000 neue Wohneinheiten entstehen sollen. Doch wie soll dies gestaltet werden?

Das vorrangige Ziel der Hamburger Wohnungspolitik muss es bleiben, Wohnraum für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zu schaffen und unterschiedliche Zielgruppen, somit auch schutzbedürftige Menschen, mit Wohnraum zu versorgen. Neue Flächen für den Wohnungsbau sol-

len erschlossen und gleichzeitig das grüne Netz innerhalb des zweiten Grünen Ringes nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden. So soll gleichermaßen günstiger Wohnraum geschaffen und möglichst viel Grünfläche erhalten werden.

### Wie sieht die Realität in unserem Bezirk aus?

In Hamburg wird es für verschiedene Personengruppen immer schwieriger, bezahlbare Mietwohnungen zu finden. Die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage, sowie die Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt, trifft insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen, die infolge steigender Mietpreise oft mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Mieten aufwenden müssen. Die Quartiere werden so immer homogener, auch wenn wir als GRÜNE uns Stadtteile mit einer sozialen Mischung wünschen.

So ist in den Jahren 2000 bis 2010 der Bestand an Sozialwohnungen in Eimsbüttel um

knapp 45 Prozent zurückgegangen. Nur noch ca. 7.200 Wohneinheiten der insgesamt etwa 135.000 Wohnungen in unserem Bezirk waren im Jahr 2011 noch Sozialwohnungen. Bis zum Jahr 2021 werden hiervon noch weitere 45 Prozent aus der Sozialbindung gefallen sein. Bei einer Schaffung von ca. 350 Sozialwohnungen pro Jahr in Eimsbüttel wird sich der Bestand somit trotzdem deutlich reduzieren. Auch wenn man bei dieser Statistik die steigende Zahl des Gesamtbestandes an Wohneinheiten bei einer Prozentangabe der Sozialwohnungen gegenrechnen muss, bleibt die Gesamtzahl der Sozialwohnungen rückläufig. Aktuell spricht der Senat von einem Bestand von 5.123 Sozialwohnungen im Bezirk Eimsbüttel.

Deshalb gibt es vermehrt die Forderung den Anteil der geförderten Wohnungen beim Wohnungsneubau deutlich zu erhöhen. So fordert die Fraktion die Linke den Anteil auf 75 Prozent zu erhöhen. Das ist gut gemeint, jedoch ökonomisch nicht durchsetzbar.

Zunächst würde das voraussetzen, dass die Bezirksamter in einer gestärkten Verhandlungsposition ans Werk gehen. Diese Position ist durch die neue Vereinbarung „Bündnis für das Wohnen“ jedoch zum Teil geschwächt worden. Die Festlegung der Untergrenze von 30 Wohneinheiten, ab der der Bau von geförderten Wohnungen gefördert werden darf, schwächt in der Praxis die Bezirksamter erheblich. Dies ist außerordentlich zu kritisieren.

Ebenfalls muss es akzeptiert werden, dass sich Bürger\*innen der Stadt hinsichtlich ihrer Altersvorsorge Wohneigentum anschaffen möchten. Auch dies muss mit entsprechendem Maß berücksichtigt und entsprechende Anteile hierfür im Wohnungsneubau aufgewendet werden.

Zudem beschweren sich nicht nur Investor\*innen, sondern auch gemeinnützige Baugenossenschaften, dass die Auflagen der



Foto: Sven Gödde

Bezirke beim Neuaufbau der Quartiere immer höher und kostspieliger werden.

So sollen ggf. Quartiersgaragen, günstiger Anschluss an ÖPNV usw. beim Bau der Quartiere berücksichtigt werden. Die zusätzlichen Kosten sind oft zu einem großen Teil von den Baugesellschaften zu tragen. Wir kommen nicht umhin wirtschaftlich vertretbare Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu schaffen. Dies wird nur zu einem entsprechenden Mix erreicht.

### Scheindebatten

Hitzige Diskussionen um Geflüchtete und stadtplanerische Vorhaben, wie die Unterbringung mit Perspektive Wohnen, wie auch die Annahme, dass die Forderungen an einem hohen Anteil an Sozialwohnungen zu Ghettobildungen führe, verzerren bei politischen Debatten zusätzlich das Bild.

So schreibt ein Abgeordneter der CDU-Fraktion in einer Anfrage: „Die geplante Siedlung am Hörgensweg, in der überwiegend Sozialwohnungen entstehen sollen, sowie eine hohe Zahl bestehender Wohnungen in Eidelstedt, lassen befürchten, dass der Stadtteil, der bereits heute die schwächsten Sozialdaten im Bezirk aufweist, von einer Negativentwicklung bedroht ist.“

Wir GRÜNE finden das stigmatisierend. Immerhin haben laut aktueller Statistik über 45% aller Hamburger\*innen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Das Bild bildungsferner Menschen mit herausforderndem Verhalten, dass dort in konservativen Kreisen zelebriert wird, ist da nicht sachdienlich und geht völlig an der Realität vorbei.

### Klimaschutz und Energieeffizienz

Trotz der Notwendigkeit des Wohnungsbaus dürfen wir als GRÜNE den Klimaschutz nicht aus dem Blick verlieren. So bekennen sich

die Vertragspartner\*innen beim Bündnis für das Wohnen – und das ist ein Grüner Erfolg – zum aktiven Klimaschutz. Sie streben eine größtmögliche Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Vermeidung bei allem Neubau- und Bestandswohnungen an.

Nun ist lange in dieser Stadt anhand unterschiedlicher Studien über den Einfluss der energetischen Standards auf die Baukosten im öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hamburg diskutiert worden. Ganz gleich welcher Meinung man nun folgt: Auch bei einem Vorliegen von Kostensteigerungen bei Investitionen für den Wohnungsbau dürfen wir nicht vergessen, dass eine günstige Wohnraumversorgung nur dann nachhaltig funktioniert, wenn man für die Mieter\*innen langfristig Energiekosten spart. Glaubt man etwa dem Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW), so sind Energie- und Stromkosten, aber auch Abgaben und Steuern derzeit die größten Preistreiber für das Wohnen. Mag die Aussage subjektiv und der Perspektive geschuldet sein, ist es jedoch nicht von der Hand zu weisen: Zwischen Anfang 2000 und 2014 sind die Verbrauchskosten für Haushaltsenergie bundesweit um ganze 109 Prozent gestiegen.

Die von uns gesetzten energetischen Standards sind somit nicht nur im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch mittelbar dienlich für günstige Warmmieten.

### Grüne Visionen?

Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vergleichbar mit der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und fast immer entscheidet die Höhe des Einkommens darüber, ob man einen Mietvertrag angeboten bekommt. Das ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderungen

geworden, die fast jede\*n betrifft. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind hip und durch die starke Nachfrage nach frei werdenden Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freund\*innen, Kindertagesstätten, Jobs und Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Bezahlbares Wohnen in angemessenen Wohnungen ist für uns alle existenziell. Unsere Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir wollen vielfältige und lebendige Stadtteile. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Finanzinvestor\*innen den Wohnraum in unseren Städten kontrollieren und missbrauchen. Deshalb sind Immobilienspekulationen uneingeschränkt zu besteuern.

Während andere Parteien, wie die FDP der Meinung sind, der Staat habe in keinem anderen Bereich des Lebens mehr eingegriffen und sie der privaten Wohnungswirtschaft gerne das Leben durch Abbau von Bedingungen erleichtern will, wollen wir GRÜNE die neuen Quartiere energieeffizient und inklusiv gestalten. Ebenfalls – und das ist entscheidend – fordern wir GRÜNE in unserem Wahlprogramm eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Anders als die Sozialdemokrat\*innen glauben wir nicht mehr daran, dass eine Mietpreisbremse allein funktioniert. Hierin liegt die Grün-Linke Gemeinsamkeit.

Menschen mit günstigem Wohnraum zu versorgen ist jedoch auch mehr als eine Frage der Fürsorge und somit Sozialpolitik. Es ist auch Gegenstand einer nachhaltigen Finanzpolitik. Was oft vergessen wird: Eine taugliche inklusive Wohnungsbaupolitik würde unseren Haushalt nachhaltig entlasten. Dann müsste der Staat auch weniger Zusatzleistungen aufbringen. Wenn es günstigere Mieten gäbe, müssten weniger

Wohngeld und Kosten für die Unterkunft bezahlt werden. So sind die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft für rund 230.000 Transferleistungsbezieher\*innen in Hamburg inzwischen auf 625,9 Mio. (statistische Angaben 2014) gestiegen.

Es sind eben politische Entscheidungen gefragt. Daher wollen wir GRÜNE, laut unserem Bundestagswahlprogramm auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Der Bund darf sich nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt an Kommunen abgeben, auch zum Beispiel zur Weitergabe an gemeinwohlorientierte Träger. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit spricht: Laut einer Studie (Neue Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) – Wege zu langfristig preiswertem und zukunftsgerechtem Wohnraum- Wohnungsgemeinnützigkeit 2.0) würden bei einer jährlichen zusätzlichen Förderung von zwei Milliarden Euro mehr als 32.000 neue Wohnungen mit Mietpreisen von 4,50 Euro pro Quadratmeter gebaut werden können.

Wir wollen uns dafür stark machen, die Rolle der gemeinnützigen Genossenschaften auch in Eimsbüttel zu stärken. Durch die soziale Erhaltungsverordnung in Eimsbüttel/Hoheluft-West/Stellingen-Süd wollen wir den Verdrängungseffekten in diesen Stadtteilen entgegenwirken und weitere Verluste von noch verbliebenem günstigem Wohnraum eindämmen.

Nicht nur der Wohnungsbau, sondern die Regulierung des Wohnungsmarktes bleibt eines der Hauptaufgaben Grüner Politik in Eimsbüttel. Dafür möchten wir auch in den nächsten Jahren stehen.

S. Ali Mir Agha



Collage: Thomas Rave

## WIRD JETZT AUCH DIE EIMSBÜTTELER CDU GRÜN?

**N**icht nur die CDU-Kanzlerin setzt reihenweise auf Grüne Themen wie zuletzt beim Einschwenken bei der Ehe für alle.

Auch auf Bezirksebene scheinen unsere Themen und Ansätze viele CDU-Politiker\*innen zu überzeugen: Die CDU in Stellingen übernimmt unseren Antrag zur Namensfindung von Straßen, auf Grundlage dessen vorher in Lokstedt viele Bürger\*innen mit der Einreichung von Namensvorschlägen für das Bauprojekt in der Süderfeldstraße ihren Stadtteil mitgestalten konnten. In der Bezirksversammlung reicht die CDU einen Antrag zum Schutz und zur Förderung von Bienen (!) ein – kurz vorher hatten die Grünen in Hamburg Nord einen sehr ähnlichen Antrag durchgebracht. Und dann fordern einige in der CDU publikumswirksam einen

Deckel über die U-Bahn-Trasse bei Hagenbeck, nachdem dies von Grünen und SPD in der Bürgerschaft auf die Tagesordnung gebracht worden war – ohne Zustimmung der CDU. In der Bezirksversammlung hatte die Eimsbütteler CDU daraufhin übrigens gefordert, „den Senat zu ersuchen, von den Überlegungen bezüglich einer Überdeckung der U2-Trasse im Bereich Hagenbecks Tierpark abzusehen“ (Drucksache 20-2224), um dann kurz danach doch die Grün-Rote Idee zu übernehmen und sich dafür feiern zu lassen. Wir freuen uns über die Einsicht, aber: Dann doch lieber das Original – da weiß man, dass man sich auf bestimmte Werte verlassen kann! Apropos: Etwas übernehmen wir auch gerne von der CDU: Wechselwillige, die lieber originelle Grüne Ideen entwickeln.

Sebastian Dorsch

# EINRICHTUNG EINES INKLUSIONS- BEIRATES IN EIMSBÜTTEL

Schon lange setzen sich die GRÜNEN für einen Inklusionsbeirat für Eimsbüttel ein. Am 22. Februar 2017 hat die Bezirksversammlung Eimsbüttel endlich die Einrichtung eines solchen Beirates beschlossen. Der Inklusionsbeirat soll helfen, die am 30. März 2007 ratifizierte und am 26. März 2009 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in geltendes Recht umzusetzen. Die UN-BRK überwindet den vormals verwendeten medizinischen Defizitansatz im Begriff der „Behinderung“ durch die Wertschätzung der individuellen Besonderheit jedes Menschen. Dadurch wird der Beitrag anerkannt, den Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften leisten.

Der Inklusionsbeirat vertritt dabei inklusiv die Interessen aller im Bezirk lebenden Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, dient als Gesprächspartner der Bezirksversammlung und -verwaltung und gibt z.B. Hilfestellung bei der Planung von Bauvorhaben, bei der Umgestaltung von öffentlichen Plätzen und kann in Belangen der sozialen Stadtentwicklung beraten. Zudem pflegt er den Kontakt zu den Behindertenorganisationen und soll als Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen dienen.

Sie sollen Zugang zu allen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Gruppen und Verbänden haben und gleichberechtigt Funktionen und Ämter ausüben können. Ein Schwerpunkt der UN-BRK besteht darin, dass Menschen mit Behinderungen als Expert\*innen in eigener Sache in alle Entscheidungen einbezogen werden. Deshalb ist auch ein eigenes „Antragsrecht“ des Inklusionsbeirates als wirksames Mittel anzuse-

hen. Zunächst hat der Inklusionsbeirat „nur“ das Recht, Ersuchen an die Bezirksversammlung zu stellen. Diese werden an die Mitglieder der Bezirksversammlung weitergeleitet und können von diesen als Anträge aufgegriffen werden.

Die in Artikel 3 der UN-BRK formulierten allgemeinen Grundsätze bilden die Leitlinien für die Umsetzung auf den unterschiedlichen Handlungsebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen ab. Dies sind u.a.: Achtung der Würde, Autonomie, Selbstbestimmung; Nichtdiskriminierung; volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft; Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt; Chancengleichheit; Barrierefreiheit; Gleichberechtigung von Mann und Frau; Achtung vor sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderung.

Der Bezirk steht auch vor der Aufgabe, im Dialog mit Interessensvertretungen behinderter Menschen kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK zu erarbeiten, die bei regionalen Gegebenheiten, Ressourcen und Erfordernissen ansetzen und kontinuierlich fortgeschrieben werden. Inklusion sollte ähnlich wie die Chancengleichheit von Männern und Frauen als bedeutsames Kriterium des Handelns von Politik und Verwaltung im Bezirk festgeschrieben und überprüfbar gemacht werden.

Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft muss als Prozess gestaltet werden, der Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Nicht alle Ideen können sofort aufgenommen und umgesetzt werden – auch neue Herausforderungen können sich entwickeln. Die Einführung eines Inklusionsbeirates stellt aber einen ersten bedeutsamen und notwendigen Schritt dar.

# DIE BIENEN UND ANDERE INSEKEN IN EIMSBÜTTEL SCHÜTZEN

Die GRÜNE Bezirksfraktion unterstützt mit einem Antrag, dass der Bezirk Eimsbüttel noch bienen- und überhaupt insektenfreundlicher werden soll. Dafür sollen für die Anlage von Wildblumenwiesen grundsätzlich geeignete Flächen (Grünstreifen, Straßenränder, Mittelinseln, Parkflächen, etc.) identifiziert und überwiegend mit gebietsheimischen Arten bepflanzt werden, die langlebig und zum Verwildern geeignet sind (z.B. Schlehe, Pfaffenhütchen, Kornelkirsche, Weißdorn, Stachelbeere, Himbeere, Brombeere, Johannisbeere, Wilder Wein, Efeu, ungefüllte Kletterrosen). Als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten, als „Trittstein“ für deren Wanderung, zur Verbesserung des Stadtklimas, als Erholungsraum und insgesamt zur Schaffung von mehr urbaner Lebensqualität für den Menschen.

Dabei spielen die Bienen eine besondere Rolle in der Natur, da sie für die Bestäubung und damit Vermehrung vielerlei Pflanzen sorgen und auch im Obstbau enorme Bedeutung haben. Wildbienen sind zudem ein guter Indikator für die ökologische Qualität von Flächen. Leider sind sowohl Honig- als auch Wildbienen ebenso wie andere ökologisch wichtige Insekten akut durch Umweltgifte und Krankheitserreger bedroht. Dazu kommt: Die intensive Landwirtschaft führt unter anderem durch den Einsatz von „Unkraut“-Vernichtern zu einer drastischen Abnahme von Blütenpflanzen in der freien Landschaft. Damit wird die Stadtnatur aus Privatgärten, öffentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün und Gründächern zu einer zunehmend wichtigeren Nahrungsquelle für Bienen und andere Insekten.

Durch die Anlage von Wildblumenflächen könnte den Blüten bestäubenden Insekten dauerhaft Nektar und Pollen geboten und damit ein Überleben ermöglicht werden.

Dabei müssen es nicht immer Parks und Gärten sein, in denen Wildblumen ausgebracht werden. So bieten sich im ersten Schritt sofort Grünstreifen und im zweiten Schritt heute noch versiegelte Flächen an, die zu diesem Zweck entsiegelt werden können.

Es ist sinnvoll in allen Stadtteilen des Bezirks mit bunten blühenden Bereichen im Straßenraum ein attraktives und wichtiges Angebot an Insektennahrung zu schaffen. Bei der Identifizierung von Flächen, die für Wildblumen geeignet wären, können die Regionalaussschüsse und der Ausschuss für Grün, Umwelt, Wirtschaft und Verbraucherschutz mit Unterstützung der Verwaltung (Vorschläge von geeigneten Flächen, zur Bestückung dieser mit geeigneten Wildblumen sowie zur ökologischen Pflege) einen wichtigen Beitrag leisten, um eine Bepflanzung der Flächen so zu erreichen, dass möglichst die Blühsaison 2018 erreicht wird.

Bei der Gestaltung sollte neben der ansprechenden Ästhetik eine möglichst hohe ökologische Funktionsfähigkeit erreicht werden. Anzustreben ist insgesamt eine ökologische Pflege möglichst vieler Flächen (Straßenränder, Parks), die sich an den Ansprüchen der unterschiedlichen Insektenarten orientiert. Hierfür ist vor allem eine Mahd verschiedener Teilflächen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erforderlich, für die ein Konzept für größere Räume zu erarbeiten ist. Die Umsetzung eines solchen Konzepts ist angesichts des Insektensterbens vordringlich.

Finanziert werden soll dieses Vorhaben durch die Einwerbung von finanziellen Mitteln in Höhe von 50.000 Euro bei der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) im Rahmen der Naturcent-Mittelbereitstellung.

# #EIMSBÜTTEL

## Gezwitscher im Juli



**GRÜNE Eimsbüttel** @Grueeneimsbusch · 27. Apr.  
Gute Nachrichten für #Stellingen und #Lokstedt. Die #bvebuettel setzt sich für die Anbindung der Stadteile an das U-Bahnnetz ein.

Das Gesicht von Beatrix zur #Ehefueraalle Abstimmung: unbezähbar



**Philip Engler** @phileng21  
Schade, dass er ihn nicht mehr erlebt: für diesen Tag hat auch der andere Volker Zeit seines Lebens gekämpft. #Ehefueraalle @Volker\_Beck



**Neongreengray** @neongreengray · 1. Juli  
Es wird keine Einschränkung des zivilen Lebens geben ... #NoG20 #SIPauliBad



**NoG20 Infoportal** @NoG20\_2017 · 21. Std.  
#ZwiebelnGegenG20



**Blockupy** @Blockupy  
+++ Breaking +++  
Terror-Zwiebeln erreichten #Hamburg. Vorsicht bei direktem Augenkontakt, Augen mit Astra Pils ausspülen :-)  
#NoG20



**Lauter bitte.** @WeilMuede · 3. Juli  
#nog20  
Nach dem Verbot des Schlafens in Camps, erhöht die Polizei nun die nächtlichen Helikopter um Schlaf auch in Wohnungen zu unterbinden



**GRÜNE Eimsbüttel** @Grueeneimsbusch · 20. Apr.  
Die Grüne Fraktion hat einen neuen Vorstand: @Gruenelisa, Gabriela Kull & Dietmar Kuhmann sind wiedergewählt. Ali Mir Agha ist neu dabei!

Hamburg-#SIPauli begrüßt @realDonaldTrump. #NoG20 #G20 #G20HAM17



**NoG20 Infoportal** @NoG20\_2017 · 21. Std.  
#ZwiebelnGegenG20 #NoG20 #YesWeCamp



**neues deutschland** @ndaktuell  
Aufregung vor dem Camp Altona: scheinbar wurden Aktivisten mit einem Sack Zwiebeln festgenommen u gekesselt. #nog20

Mehr Grün  
für Eimsbüttel

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
EIMSBÜTTEL

